
Buchbesprechungen

Albers, Detlev: Sozialismus im Westen. Erste Annäherungen: Marxismus und Sozialdemokratie. Argument Verlag, Hamburg 1987, 260 S., 22 DM

Oskar Lafontaine ist es zu verdanken, daß die Debatte innerhalb der SPD um den Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes heute verstärkt in der Öffentlichkeit geführt wird. Allerdings mangelt es gerade in letzter Zeit nicht an Beiträgen, die sich als sozialdemokratische Ver-

suche zu erkennen geben, dem Zeitgeist hinterherzurrennen. Dagegen setzt sich wohlthuend die Aufsatzsammlung des Bremer Politikwissenschaftlers Detlev Albers ab, dessen Anliegen es ist, die marxistische Theorie angesichts wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umbrüche weiterzuentwickeln, oder, um eine modische Vokabel zu gebrauchen, zu modernisieren. Anders als es gegenwärtig sozialdemokratischer Mode entspricht, problematisiert Albers die theoretischen Vor-

aussetzungen sozialdemokratischen Handelns nicht nur bezogen auf diese Republik. Dieses Unterfangen bleibt nicht im Aufstand gegen sozialdemokratische Konfektion stecken, sondern thematisiert die Grundlagen linken strategischen Denkens.

Im ersten und längsten Teil seines Buches, der den Titel „Zum Marxismusverständnis“ trägt, zeichnet Albers die Traditionslinie des westlichen Marxismus nach, die sich in Opposition zur Orthodoxie der östlichen Variante entwickelte. In dem schönsten Essay des vorliegenden Bandes „Über den Marxismus Otto Bauers und Antonio Gramsci“ setzt er sich mit den wichtigsten Theoretikern der beiden Schulen des westlichen Marxismus, der linkssozialistischen und der eurokommunistischen, auseinander und hebt ihre innovativen Denkleistungen eindrucksvoll hervor. Den sozialdemokratischen Staatsmann Otto Bauer und den kommunistischen Berufsrevolutionär Antonio Gramsci verband ihr Engagement für die Theorie einer kreativen Anwendung des Marxismus angesichts entwickelter kapitalistischer Verhältnisse. Beide beziehen sich in ihren Schriften auf Antonio Labriola, den ersten italienischen marxistischen Theoretiker, der den Marxismus als „Philosophie der Praxis“ verstanden wissen wollte.

Von Verknöcherung und mechanistischer Orthodoxie war jahrelang das Verhältnis von Marxisten zu dem, was heute die „ökologische Frage“ genannt wird, geprägt. Im Aufsatz „Natur, Technik, Sozialismus“ weist Albers nach, daß unkritischer Produktivkraftenthusiasmus und blinde Übernahme bürgerlichen Fortschrittsglaubens, worunter er auch das Theorem von der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ faßt, teilweise noch immer charakteristisch für sozialistisches Denken sind. Gerade deshalb fordert der Autor von der SPD und den Gewerkschaften eine radikale ökologische Umorientierung sozialistischer Politikkonzepte, insbesondere im Rahmen von neuen wirtschaftspolitischen Entwürfen.

Um Wege und Ziele heutigen sozialistischen Handelns geht es im zweiten Teil des Buches, der den Titel „Grundfragen der Revolution im Westen“ trägt. Im ersten Aufsatz, „Gedanken über den dritten Weg zum Sozialismus in Westeuropa“, legt Albers eine Konzeption der Transformation zum Sozialismus dar, die die Beibehaltung der formalen demokratisch-parlamentarischen „Spielregeln“ wie Parteienpluralismus, Abwahlmöglichkeiten, etc. vorsieht. Es handelt sich dabei um jenen „Dritten Weg“, der nicht über den „revolutionären Frontalangriff“ zum Sozialismus führen soll, sondern über den „Stellungskrieg“, entsprechend dem von Antonio Gramsci geprägten Konzept. Zielperspektive des Autors ist eine gesamtgesellschaftliche Demokratisierung, insbesondere des Wirtschaftsbereiches, in den Elemente der Selbstverwaltung und räteähnliche Strukturen eingefügt werden müßten. Das Ziel einer gesamtgesellschaftlichen Durchsetzung einer neuen ökonomischen Logik verlangt seiner Meinung nach die Entmachtung des Großkapitals, die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Großbanken sowie eine Rahmenplanung, vermittelt über den öffentlichen Wirtschaftssektor, bei der den Gewerkschaften eine Schlüsselrolle zukommt.

Allerdings darf der dritte Weg zum Sozialismus - und dies wirft ein bisher ungeklärtes Problem sozialistischer Strategie auf - kein lediglich nationaler sein und darf nicht auf Kosten des Elends in der „Dritten Welt“ erreicht werden. Nach Albers bedeutet das, daß auch unter Wohlstandseinbußen auf Privilegien verzichtet werden muß, die gegenwärtig aus dem System der internationalen Arbeitsteilung resultieren. Ebenfalls muß der Mechanismus des ungleichen Tausches durchbrochen werden, mit dem Ziel, eine neue Weltwirtschaftsordnung zu schaffen.

Wegen der internationalen Dimensionen wirtschaftlichen Handelns und des globalen Charakters der Probleme Hunger, Hochrüstung, Umweltverschmutzung weist Albers die Perspektive einer weltwei-

ten gesellschaftlichen Umgestaltung. Den alten Slogan „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ nimmt er ganz wörtlich. Die nationale Handlungsperspektive, die er in dem Aufsatz „Sozialismus 2000“ anbietet, besteht für ihn in der Formierung eines neuen historischen Blockes, der aus der traditionellen Arbeiterbewegung und den neuen sozialen Bewegungen, beispielsweise der Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegung, besteht und in dem es keine Hierarchisierungen der Ziele oder Bewegungen gibt.

In seinem letzten Aufsatz „Sozialdemokratie und Marxismus heute“ konstatiert er das vielfache Scheitern nicht nur sozialistischer sondern auch sozialdemokratisch-reformistischer Strategien. Auch wenn der Sozialismus gegenwärtig in der Bundesrepublik nicht auf der Tagesordnung stehe, so der Autor, müsse die Sozialdemokratie, die er für eine Hauptträgerin von möglichen linken Veränderungen hält, Konsequenzen aus dem Scheitern des sozialliberalen Reformismus ziehen. Nicht nur inhaltliche Erneuerung, sondern Aufbruch zu neuem radikalen Denken seien gefragt. Mit dem Kapital sei kein Friede zu machen, die Einbindung der Bundesrepublik in den Weltmarkt und die Europäische Gemeinschaft dürfe nicht als Ausrede für programmatisch-wirtschaftspolitische Untätigkeit gelten. Die Alternative heißt für ihn: Nationalisieren, um nicht „multinationalisiert“ zu werden.

Um aus borniertem nationalen linken Denken herauszukommen, aber auch etwa um solchen politischen Zwängen gerecht zu werden, die sich aus einem künftigen europäischen Binnenmarkt ergeben, fordert Albers die Schaffung eurolinker Diskussions- und Entscheidungszusammenhänge. Diese sollten nicht auf Parteien beschränkt bleiben, sondern müßten die Gewerkschaften und die neuen sozialen Bewegungen einschließen.

Als abschließendes Resümee seiner Überlegungen mag der Satz gelten: „Eingekeilt zwischen konservativem Fort-

schriftoptimismus und dem tausendfach vermittelten Appell, nur das unmittelbare Eigeninteresse zum Maßstab des politischen Handelns zu nehmen, sich ansonsten aber in den Lauf der Dinge zu fügen, wird die linke in der sogenannten Ersten Welt, in Westeuropa, in der Bundesrepublik, erst dann wirklich hegemoniefähig werden, wenn sie eine allen Umbrüchen der Gegenwart gewachsene Alternative, eine global wie vor Ort gleichermaßen schlüssige, aufeinander bezogene Veränderungsstrategie hervorzubringen versteht.“ (S. 244).

In einer Zeit sozialdemokratischer Postmoderne, in der Politik mehr über Symbole denn über Inhalte gestaltet wird, ist das Buch von Detlev Albers eine notwendige Intervention. Es ist eine angenehme Abwechslung von einer linken Debatte, die es entweder dabei bewenden läßt, die Machbarkeit eines nationalen keynesianistischen Reformprojektes zu beschwören oder die im hilflosen Starren auf die Zwänge des Weltmarktes auf die systemüberwindende Perspektive lieber gleich verzichtet.

Die konkrete Umsetzbarkeit seiner Forderungen kommt bei Albers manchmal etwas zu kurz. Ebenfalls hätte der Autor zum Verhältnis zwischen lang-, mittel- und kurzfristigen Handlungsperspektiven sicherlich noch mehr sagen können. Daß die recht marginale Position von Marxisten in der SPD und die realen Chancen zur Veränderbarkeit dieser Partei von Detlev Albers zu optimistisch eingeschätzt werden, zeigt der Erfolg, den Oskar Lafontaine gegenwärtig mit seinen Thesen hat. Gegenüber dessen Verzichtsthesen haben Albers' Entwürfe nicht nur den Vorzug der Fundiertheit, sondern auch den des Ideenreichtums. Ideen aber können allemal die Architektur des Möglichen sein.

Christina Ujma,
Marburg

Sik, Ota: Wirtschaftssysteme. Vergleichstheorie - Kritik, Springer Verlag, Berlin/Heidelberg 1987, 232 S., 39,80 DM.

Das neueste Buch von Ota Sik - dem einstmaligen „Vater der tschechoslowakischen Wirtschaftsreform“, heute einem der prominentesten Theoretiker eines „Dritten Wegs“ - ist eine Streitschrift: eine Streitschrift im besten Sinne des Wortes. Sik führt einen Streit *mit* denjenigen Nationalökonomern in Ost und West, die das jeweilige real existierende System zu rechtfertigen bemüht sind; er streitet für seine Reformideen, die sich auf eine scharfe Kritik der Realsysteme stützen.

Im Mittelpunkt der theoretischen Betrachtung von Ota Sik steht (entsprechend einer in früheren Arbeiten entwickelten Tradition) die Frage der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse (Kapitel 1). Ein Wirtschaftssystem sei daran zu messen, inwieweit es in der Lage ist, die materiellen sowie immateriellen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Ökonomisch gedeutet heißt das, daß die verfügbaren Produktionsfaktoren optimal genutzt werden, die Produktionsstrukturen der Struktur des Bedarfs in bestmöglicher Weise angepaßt werden, daß nicht zuletzt permanent Produkt- und Prozeßinnovationen Platz greifen. Zwischen dem derart umrissenen Ergebnis und der institutionellen Gestalt des Systems besteht ein ursächlicher Zusammenhang, den es herauszuarbeiten gilt. Zu diesem Zweck untergliedert der Verfasser Wirtschaftssysteme in fünf Subsysteme; dasjenige der Güter- beziehungsweise Produktionsmittelverteilung, das Subsystem der Interessen und Motivationen, das der Informationsverbreitung und Wissensbildung, das Leitungs- und Koordinationssystem, und schließlich das Subsystem, welches die Beziehung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft bestimmt. Bereits im einführenden Kapitel führt der Verfasser den Leser in die systemeigenen Funktionsschwächen ein; er beschränkt sich dabei nicht nur auf die gemeinsamen Grundprobleme einmal der (real-)sozialistischen Planwirtschaft, zum anderen der kapitalistischen Marktwirtschaft; vielmehr weist er darauf hin, daß es innerhalb der bestehenden Realsysteme erhebliche Unterschiede gibt: man denke etwa an die So-

wjetunion, Ungarn und Jugoslawien auf der einen Seite und an Schweden und die Bundesrepublik Deutschland auf der anderen Seite.

Das zweite Kapitel enthält einen kurzen Abriss der Planungsideen, die zunächst mit sozialistischen Ordnungsvorstellungen einhergingen. Neben den verschlungenen Wegen der sowjetischen Planungsdebatten der zwanziger Jahre werden die in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg formulierten planwirtschaftlichen Konzepte ebenso erörtert wie die Planungsansätze jüngerer Datums in kapitalistischen Marktwirtschaften (Frankreich, Skandinavien, England).

Im dritten Abschnitt analysiert der Autor verschiedene Varianten sozialistischer Planwirtschaften: das traditionelle sowjetische System, die „Plan-Markt-Koppelungen“ in Jugoslawien, Ungarn, China sowie seinerzeit in der Tschechoslowakei. Besondere Aufmerksamkeit widmet Sik zu Recht den jugoslawischen Konzeptionen, deren Schwächen er in überzeugender Weise herausarbeitet.

Eine wichtige Ergänzung der vorangehenden kritischen Überlegungen stellen empirische Vergleichsuntersuchungen dar, so etwa zwischen der sowjetischen und finnischen Wirtschaftsentwicklung oder der Entwicklung der bundesdeutschen und der tschechoslowakischen Volkswirtschaft (Kapitel 4). Hier stützt sich der Verfasser auf interessante eigene quantitative Untersuchungen. Gemessen an den zu Beginn genannten Kriterien (sparsamer Faktoreinsatz, Anpassungsfähigkeit an den Bedarf, Innovationsbereitschaft) fallen die Resultate für die osteuropäischen Wirtschaftssysteme äußerst ungünstig aus.

Weit schärfer als so mancher Leser erwarten dürfte, setzt sich Sik schließlich mit dem kapitalistisch-marktwirtschaftlichen System auseinander (Kapitel 5). Er begnügt sich nicht allein mit einer verneinenden Bestandsaufnahme der Krisenerscheinungen im Westen - der Massenarbeitslosigkeit, dem zyklischen Verlauf

der Entwicklungen, insbesondere der rückläufigen Investitionsbereitschaft, den Umweltzerstörungen, der fehlenden Humanisierung der Arbeit sowie einer äußerst ungerechten Einkommensverteilung. Der Verfasser attackiert schonungslos die traditionellen Erklärungsmuster der neoliberalen Schule, die nach „mäßigeren“ Löhnen, nach weniger Staat, nach „besseren Angebotsbedingungen“ ruft. Aber auch die keynesianischen Empfehlungen werden einer prinzipiellen Kritik unterzogen: Sie gingen - so Sik - nicht von einer grundsätzlichen Ursachenanalyse aus; deshalb können sie auch nicht die notwendige Lösung herbeiführen. Die Diagnose des Verfassers, die er bereits in seinen früheren Arbeiten entwickelt hat, basiert auf seiner These von einem grundlegenden Interessenkonflikt zwischen den Lohn- und Gewinninteressen im Kapitalismus (und in modifizierter Weise auch im Realsozialismus).

Im abschließenden Kapitel 6 entwickelt Ota Sik sein Alternativkonzept. Die wichtigsten Bausteine bilden:

1. eine gemischte Eigentumsordnung, deren zentrale Säule die selbstverwaltete „Mitarbeitergesellschaft“ darstellt;
2. die Nutzung marktwirtschaftlicher Lenkungsformen im Interesse einer optimalen Bedürfnisbefriedigung;
3. eine demokratisch legitimierte „makroökonomische Verteilungsplanung“, die zusammen mit der „komplexen Partizipation“ (Beteiligung am Kapital, am Gewinn und nicht zuletzt an den Entscheidungen) auf Unternehmensebene dem Konflikt zwischen Lohn- und Gewinninteressen und das heißt auch zwischen Konsumtion und Investition entgegenwirken soll.

Der Autor versteht sein Konzept im Gegensatz zu den Utopien von Gorz, Bahro oder Huber als realitätsnah, und im Vergleich mit den etablierten Apologeten der jeweiligen Systeme sieht er sich als Garant einer „Wirtschaft und Gesellschaft, die humaner gestaltet“ werden soll.

Jjri Kosta,
Frankfurt/M.

Steinrücke, Margareta: Generationen im Betrieb. Fallstudien zur generationenspezifischen Verarbeitung betrieblicher Konflikte. Untersuchungen des ISO Köln. 1986, 344 S., DM 58.

Die Arbeiterklasse ist kein einheitliches Gebilde. Zu ihr zählen Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und Qualifikation, unterschiedlicher materieller Lage und sozialem Status. Diese innere Differenzierung ist nicht nur ein Problem der sozialwissenschaftlichen „Katalogisierung“ der Lohnabhängigen. Gerade in der ökonomischen Krise wird für die Lohnabhängigen die Frage wichtig, wie sie ihre Interessen als gemeinsame kollektiv vertreten können. Unterschiedlich beurteilte Interessenlagen und unterschiedliche Formen der Interessendurchsetzung müssen berücksichtigt werden, um in der Interessenvertretung einheitlich handeln zu können.

In ihrer Studie „Generationen im Betrieb“ stellt Margareta Steinrücke Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung dar, die sich mit generationenspezifischen Formen der Verarbeitung betrieblicher Konflikte beschäftigt. Der Untersuchung lag die Überlegung zugrunde, daß die Interessen der Lohnabhängigen, die betrieblichen Konflikte und mögliche Formen der Interessendurchsetzung von Arbeitern verschiedener Generationen unterschiedlich gesehen werden. Für jeweils eine Generation gibt es ein typisches Muster für die Interessenartikulation und Interessendurchsetzung.

Steinrücke stellt vier Muster der Konfliktverarbeitung vor, und zwar für die Generationen der Geburtsjahrgänge bis 1920, 1920 bis 1940, 1940 bis 1950 und 1950 und später. Nachdem sie typische geschichtliche Erfahrungen dieser Generationen kurz vorgestellt hat, werden anhand von vier exemplarischen Interviews die generationstypischen Konfliktverarbeitungsmuster dargestellt.

Gemeinsam ist den vier vorgestellten Formen der Konfliktverarbeitung, daß in ihrem Zentrum die Frage der sozialen An-

erkennung und der Selbstachtung steht. Die Generation der Jahrgänge bis 1920 zieht ihr Selbstbewußtsein aus der Tatsache, harte und körperlich belastende Arbeit leisten zu können. Erst die Belastungen verleihen der Arbeit ihren „Wert“, so daß in dieser Sicht Angestellte eigentlich gar nicht arbeiten. Die Belastungen haben für diese Generation nichts mit der kapitalistischen Form der Arbeit zu tun, sie gelten für körperliche Arbeit generell. Die eigenen Lebensumstände beurteilt diese Generation aus historischen Erfahrungen heraus, die von Bedingungen der Not und des Mangels bestimmt waren. Die Sicherung der materiellen Basis des Lebens hat Vorrang in der Interessendurchsetzung. Es existieren aber auch Vorstellungen von der sozialen Würde des Arbeiters. Wird diese Würde von der Kapitalseite verletzt, dann ist Widerstand moralisch legitim.

Während die Generation der Jahrgänge bis 1920 ihre Interessen als kollektive begreift und auch kollektiv durchsetzen will, ist in der Generation der Jahrgänge 1920 bis 1940 ein ausgeprägter Individualismus in der Interessenorientierung festzustellen. Die individuelle Lohnhöhe ist der zentrale Dreh- und Angelpunkt auch für die Frage der sozialen Anerkennung. Die Gewerkschaft wird als bloßer Versicherungsverein gesehen, der für die Interessendurchsetzung sorgt, für die man sich selbst nicht engagiert. Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus stehen hinter dieser Skepsis gegenüber kollektiven Organisationsformen.

In der Generation der Jahrgänge 1940 bis 1950 stellt Steinrückte dagegen eine kritische Loyalität der Gewerkschaft gegenüber fest. Die soziale Anerkennung und die darauf basierende Selbstachtung bezieht diese Generation aus der eigenen beruflich-fachlichen Kompetenz. Moralisches Motiv der Konfliktbereitschaft ist

der Kampf um persönliche Würde, die jedem Menschen unabhängig von seiner sozialen Stellung zugebilligt wird. Die Bedeutung einer klassenunspezifischen Menschenwürde als moralisches Motiv der Konfliktbereitschaft ist noch ausgeprägter in der Generation der Jahrgänge ab 1950. Für Gegenwehr ist es in dieser Generation nicht wichtig, ob sie selbst oder andere betroffen sind, sondern daß Unrecht geschieht. Die aus dieser Konfliktbereitschaft sich ergebende Solidarität ist offen für die Interessen anderer und gleichzeitig sensibel für den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit. Die Gemeinsamkeit von Interessen wird nicht harmonistisch vorausgesetzt, sie wird als das Ergebnis eines Verständigungsprozesses angesehen. Ein „Kommunikationserfolg“ in der Herstellung gemeinsamer Interessen - etwa in einem Streik - wird daher tendenziell höher eingeschätzt als unmittelbar materielle Ergebnisse.

Die theoretische wie praktische Relevanz der Studie von Steinrückte liegt darin, die Interessen der Lohnabhängigen aus deren eigener Perspektive heraus zu rekonstruieren. Damit können die generationspezifisch differenten Sichtweisen in den Blick kommen, die die Grundlage für eine von den Betroffenen selbst herzustellende alltägliche Solidarität abgeben, die ja keineswegs immer schon existiert. Obwohl die generationspezifischen Konfliktverarbeitungsmuster auf unterschiedlichen historischen Erfahrungen beruhen, existieren sie doch im Betrieb gleichzeitig nebeneinander. Als weitere Forschungsperspektive würde sich daraus die Frage nach dem Erfahrungsaustausch zwischen den Generationen ergeben, nach den Möglichkeiten, sich aus einer jeweiligen Sichtweise heraus auf die anderen einlassen zu können.

Enno Neumann,
Bremen